

3. März 2019

1) Wie wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass die EU einen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von LSBTI erhält?

Ansatzweise gibt es diesen schon, wenn wir einen Blick in der Entschließung aus dem Jahre 1994 „Gleichberechtigung für Schwule und Lesben in der EG“ – Dokument A3-0028/94 werfen und diese im Kontext betrachtet mit der EU-Grundrechtecharta der EU- Gleichstellungscharta.

Die EU-Grundrechtecharta verbietet Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Transgender-Personen werden laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs durch die Grundrechtecharta vor Diskriminierung wegen ihres „Geschlechts“ geschützt.

Die EU- Gleichstellungscharta vermeidet es, Geschlechtsrollenklischees zu reproduzieren. Erklärte Absicht ist, kontinuierlich gegen Diskriminierung, Mehrfachdiskriminierung und Benachteiligung anzugehen, sei es aufgrund von

- Rasse, Hautfarbe, genetischer Merkmale, ethnischer und sozialer Herkunft
- Sprache, Religion oder Glaube, politischer oder sonstiger Überzeugungen
- Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit
- Behinderung, Alter oder sexueller Identität"

Dabei muss berücksichtigt werden, dass bereits 1993 bei der Wiener UNO Menschenrechtskonferenz die Trennung unter Menschenrechten aufgehoben wurde und die Unteilbarkeit der Menschenrechte wie folgt definiert
«Alle Menschenrechte sind allgemein gültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinneszusammenhang».

Das ist auch für unsere Partei eine der obersten Handlungsmaxime.

Hier setzen wir an und werden uns in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen für einen verbindlichen Aktionsplan unter Beachtung der in Frage zwei aufgeführten Themen einsetzen. Denn es ist an der Zeit, die Entschließung und Gleichstellungscharta gemäß den Bedürfnissen des 21. Jahrhundert mit Leben zu füllen.

2) Welche Themen und Maßnahmen soll der Aktionsplan Ihrer Partei nach beinhalten?

- Mehr Verständnis, Akzeptanz und Achtung, durch zielgerichtete Förderung von Initiativen und Öffentlichkeitsarbeit.
- Das Recht in einen offenen und integrativen Umfeld zu leben.
- Anerkennung auf Privatleben und Selbstbestimmung.
- EU weite und gleiche Ahndung homo- und transphobischen Vorfälle, wie bei rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten;
- Verschärfte Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung beim Zugang und bei der Versorgung mit Gütern, Dienstleistungen und Informationen.
- Europäische Anerkennung der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität als Verfolgungsgrund beim Asylrecht

3) Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Schutz vor Diskriminierung für LSBTI in Europa gestärkt wird?

Die EU-Grundrechtecharta verbietet Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Transgender-Personen werden laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs durch die Grundrechtecharta vor Diskriminierung wegen ihres „Geschlechts“ geschützt. Europäische Staaten haben gemäß Artikel 4 II und 5 I RÜ entsprechend die Pflicht, durch geeignete Maßnahmen die eigenständige Identität von Minderheiten zu schützen und zu fördern. Zumindest in den Mitgliedsstaaten der EU sind durch die Umsetzung der einschlägigen europäischen Richtlinien die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden – in Deutschland ist dies das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). §1 Ziel des Gesetzes, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Bestehende Gesetze sind nach unserer Auffassung durchaus ausreichend vorhanden. Jedoch mangelt es oft an einer angemessenen Anwendung der bestehenden Gesetze und an der dazugehörigen Strafzumessung in den einzelnen EU Staaten. Eine enorme Spanne, die so unterschiedlich genutzt werden kann.

Hier würden wir ansetzen um einige Gesetze zu reformieren und verbindlich für alle Mitgliedstaaten abzuändern, auch um eine nachvollziehbare und einheitliche Strafmaßzumessung zu erreichen wenn Verstöße gegen Minderheitenrechte vorliegen. Dadurch würde der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung, auch für LSBTI, einen erheblichen höheren Stellenwert erhalten.

Verstöße europäischer Staaten gegen Artikel 4 II und 5 I RÜ werden wir öffentlich im Parlament angesprochen, rügen und entsprechende Ahndung einfordern.

4) Wie wird sich Ihre Partei im Parlament für EU-weite Maßnahmen zum Abbau von bestehenden Diskriminierungen und Barrieren im Gesundheitssektor einsetzen?

Ein wichtiger Erfolg war die Streichung von „Homosexualität“ als Krankheit aus dem internationalen Diagnoseschlüssel (ICD) der Weltgesundheitsorganisation und die Entscheidung von *Amnesty International*, Personen die ausschließlich wegen ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert sind, als Gewissensgefangene einzustufen. Im täglichen Leben wäre schon vieles erreicht, wenn *Ärzteverstoß gegen das* medizinethische Prinzip der Gerechtigkeit materiell juristische Konsequenzen hätten und dazu grundsätzliche Barrieren in den Köpfen abgebaut werden.

5) **Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU endlich beendet werden?**

Alle Menschenrechtsverletzungen müssen endlich beendet werden.

Zunehmend werden in fast allen Staaten unserer Erde Menschenrechte auf den verschiedensten Gebieten verletzt. Wir benötigen dringend eine breit angelegte globale Wertediskussion. Die Ziele dabei müssen sein, dass verbindliche Regelungen für alle Staaten getroffen werden.

Da darf sich Europa und Deutschland nicht aus der Verantwortung stellen.

Staaten die gegen die Menschenrechte verstoßen müssen die ganze Härte unserer globalen Wertegemeinschaft spüren.

Öffentliche Ächtung und Sanktionen sind dabei zwingend notwendig.

Die Kommunikation zwischen den Staaten sollte dabei jedoch einhergehen. Gespräche die nicht nur das Unrecht aufzeigen, sondern auch die Wahrung der Menschenrechte in den betroffenen Staaten zukünftig herbeiführt.

Bezüglich sexueller Ausrichtung und Geschlechtsidentitäten wurden diese bereits in die offene Liste der Diskriminierungsgründe aufgenommen durch UN-Vertragsorgane auf der Grundlage einschlägiger UN-Pakte.

Das Europäische Parlament hat dazu bereits im Jahr 2009 die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aufgefordert, die Situation von LSBTI nach dem Inkrafttreten restriktiver Rechtsvorschriften in Bezug auf ihre Rechte in einigen EU-Mitgliedstaaten zu untersuchen. Hierbei wurden erhebliche Unterschiede bei der Entwicklung im Bereich der Gesetzgebung, beim Umgang von Menschenrechtsverletzungen und Anwendungen bestehender Gesetze deutlich.

Wir treten dafür ein, dass EU Gesetzgebung mit einen einheitlicheren Ansatz zur Erfüllung zur Wahrung der Menschenrechte und zum Schutz der Diskriminierung verbindliche und rechtssichere, ohne Interpretationsspielräume, Gesetze entwickelt und umsetzt, mit dem Grundsatz der Gleichheit. Dieses werden wir in den Ausschüssen und im Parlament forciert vorantreiben.

Unmissverständliche gleiche Rechte und Pflichten in allen EU Staaten.

6. Wie wird sich Ihre Partei für die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern einsetzen?

Das betrachten wir nicht als notwendig. Es würde nur weitere bürokratische Hürden schaffen und dabei noch zusätzliche Barrieren in den Köpfen der Menschen platzieren. Wir müssen die Grundlage schaffen dass alle Menschen geschlechtsneutral ein selbstbestimmtes Leben führen können. Frei von Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen. Daher bedarf es nach unserer Auffassung nach keine spezielle Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

7. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine EU-weite Rechtssetzung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen geben wird?

Siehe hierzu Frage zwei. Insbesondere werden wir uns stark machen für EU Richtlinien zur verpflichtenden rechtssicheren gleichen Ahndung homo- und transphobischen Vorfälle, wie bei rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten.

8. Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass homophobe und transfeindliche Gewalttaten in der EU in Zukunft wirksam und präventiv bekämpft werden?

Siehe hierzu Frage zwei. Insbesondere werden wir uns stark machen für EU Richtlinien zur verpflichtenden rechtssicheren gleichen Ahndung homo- und transphobischen Vorfälle, wie

Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, Internet: www.waehlefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

bei rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten einhergehend mit einer entsprechenden Öffentlichkeits-, Informations- und Aufklärungsarbeit.

9. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass an Schulen EU-weit Programme und Maßnahmen gegen Mobbing und auch gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale umgesetzt werden?

Wir machen uns stark für einen EU weit zukünftigen verpflichtenden speziellen Lehrplan mit Unterrichtsstunden und Online-Spielen, der grundsätzlich gegen jede Form von Mobbing zielgerichtet vorgeht. Bestandteil dabei muss auch sein, dass gefährdete Schüler unterstützt werden. Diese Universalmaßnahmen sollen dafür sorgen, dass Mobbing gar nicht erst auftritt. Selbstverständlich sollte das Programm aber auch Einzelmaßnahmen für Fälle vorsehen, in denen es bereits zu Mobbing gekommen ist.

10. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU rechtliche Lücken in der Frage der Freizügigkeit und gegenseitigen Anerkennung von Familien mit gleichgeschlechtlichen bzw. transgeschlechtlichen Eltern schließt?

Unsere Kernpolitik ist die Familienpolitik. Familie ist für uns überall da, wo mindestens ein Kind lebt. Wir unterscheiden diesbezüglich nicht. Als Partei stoßen wir bei jeder Gelegenheit die entsprechenden gesellschaftlichen Diskussionen an. Unser Ziel dabei ist es, eine breite gesamtgesellschaftliche Wertediskussion europaweit zu entfachen um positive Veränderungen und Anerkennung zum Wohle aller Familien zu erreichen.

11. Wie wird sich Ihre Partei gegenüber Rat, Kommission und Parlament dafür einsetzen, dass LSBTI legale und sichere Wege der Flucht in die EU offenstehen, und sie nicht in Verfolgerländern wie beispielsweise Marokko oder Libyen festsitzen, wo ihnen Gewalt und Ausbeutung drohen?

Hierzu siehe Frage zwei. Eine europäische Anerkennung der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität als Verfolgungsgrund beim Asylrecht ist die Grundsicherung für legale und sichere Wege der Flucht.

12. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass homo- und bisexuelle Personen in der Regel einen Schutzstatus erhalten, wenn sie aus Ländern fliehen, in denen gleichgeschlechtliche Handlungen mit Haft- oder gar Todesstrafe bedroht sind?

Hierzu gilt die gleiche Antwort wie zuvor. Eine europäische Anerkennung der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität als Verfolgungsgrund beim Asylrecht ist die Grundsicherung für legale und sichere Wege der Flucht. Daher werden wir uns für einheitliche europäische klare Asylregeln und Gesetze einsetzen.

13. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Umsetzung der europaweit festgelegten Bestimmungen zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen wie LSBTI verstärkt kontrolliert?

Wir beabsichtigen dafür die Befugnisse des Menschenrechtsbeauftragten der EU zu erweitern und entsprechend ausbauen. Der 63-jährige Ire, Eamon Gilmore ist seit dem 01. März 2019 neuer Sonderbeauftragter der EU für Menschenrechte. Wir werden versuchen mit ihm gemeinsam entsprechende Vorstöße dafür zu unternehmen.

14. Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt geschützt und LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit gestärkt werden?

Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, Internet: www.waehlefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

Hier gelten im Wesentlichen unsere Antworten zu den Fragen 5 und 13. Seit 1998 ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein ständig tagender Gerichtshof. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden. Wir wollen die Befugnisse vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausbauen und erweitern.

Die vom Gerichtshof gefällten Urteile sind für die betroffenen Staaten bindend und haben bereits Regierungen dazu veranlasst ihre Gesetze und ihre Verwaltungspraxis in vielen Bereichen abzuändern. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs macht die Konvention so zu einem lebendigen Instrument, um neuen Herausforderungen zu begegnen sowie Rechtstaatlichkeit und Demokratie in Europa zu festigen. Das wollen wir in Verbindung mit den Menschenrechtsbeauftragten nutzen und die Aufgaben entsprechend ausdehnen.

Wie wird sich Ihre Partei aktiv und sichtbar für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTI im Parlament einsetzen?

Jederzeit werde ich persönlich als Ansprechpartner für Betroffene und dessen Angehörige zur Verfügung stehen. Einzelfälle werde ich zielgerichtet ans Licht der Öffentlichkeit bringen und auch dabei dem Europäischen Parlament darlegen. In meinem Kompetenzteam vor Ort habe ich für den Fall meiner Wahl ins Europaparlament bereits 3 juristische Mitarbeiter eingestellt. Das werde ich auch nutzen in dem ich punktuell rechtlichen Beistand gewähre. Die IGFM (internationale Gesellschaft für Menschenrechte) hat ein interessantes Patenschaftsprogramm für politische Gefangene im Europäischen Parlament installiert. Hier werden wir uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen das zukünftig auch Gewissensgefangene im Patenschaftsprogramm aufgenommen werden. Persönlich beabsichtige ich mich diesen Patenschaftsprogramm anzuschließen um entsprechende Patenschaften zu übernehmen mit dem Ziel politisch Inhaftierte und Gewissensgefangene frei zu bekommen. Dafür werde ich jeden Spielraum der sich mir bietet entsprechend nutzen.

Viele Grüße
Helmut Geuking
Bundesvorsitzender Familien-Partei Deutschlands
Spitzenkandidat zur Europawahl 2019